

AZB  
CH-8031 Zürich  
P.P. / Journal

Post CH AG

Adressänderungen bitte an:  
GSoA, Postfach, 8031 Zürich  
adressen@gsoa.ch

# GSoA

## GSOA-ZITIG NR. 185 FEBRUAR 2021

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA

### Bürger\*innendienst

Der Verein «Service Citoyen» plant eine Volksinitiative für einen obligatorischen «Bürgerdienst». Diese Initiative stärkt die Armee und führt zu Lohndumping – und sie verstösst gegen den UN-Menschenrechtspakt. SEITE 4

### Waffen statt Impfstoffe

Die anhaltend hohen Kriegsmaterial-exporte machen betroffen. Insbesondere jetzt in der Corona-Krise, wenn man bedenkt, dass die Gelder anderweitig eingesetzt werden könnten. SEITE 5



### USA: Neuer Mann an der Macht

Trump ist Geschichte. Doch wie stehen die Aussichten, dass die USA mit Präsident Biden in den kommenden Jahren friedenspolitisch eine positive Rolle einnehmen werden? Eine Debatte. SEITE 6

# 42,5 PROZENT DER STIMM- BEVÖLKERUNG SAGTE JA

SEITE 4



OSTERMARSCH 2021

## Yes, we care!

**2020 wurde die lange Tradition des Ostermarsches in Bern durch die Pandemie unterbrochen. Noch ist unklar, ob es im Jahr 2021 möglich sein wird, an der Aare entlang bis auf den Münsterplatz zu spazieren und ein Zeichen für den Frieden zu setzen. Doch besondere Zeiten erfordern kreative Anpassungen und so ist die Planung für den Ostermarsch 2021 bereits voll im Gange.** KISHOR PAUL

Das Thema für den Ostermarsch 2021 lag auf der Hand. «Yes, we care»: Wir rufen dazu auf, sich umeinander zu kümmern. Denn nur, wenn wir alle zueinander Sorgen tragen, können wir Krisen überwinden – sei es in einer Pandemie oder in einer kriegerischen Auseinandersetzung.

In der Corona-Krise sorgen vielerorts Frauen für die Pflegebedürftigen in den Spitälern oder Altersheimen, kümmern sich um die Mitmenschen und halten zu einem grossen Teil den sozialen Zusammenhalt aufrecht. Auch in Konflikt- und Kriegszeiten tragen Frauen die Hauptlast. Die öffentliche Aufmerksamkeit erhalten jedoch diejenigen, die mit Waffen an der Front, entscheidungsmächtig in der Regierung oder konkurrenzfördernd in der Wirtschaft agieren. Die Corona-Krise bringt diese unterschiedliche Gewichtung der gesellschaftlichen Anerkennung deutlich zum Vorschein, aber bietet auch die

Chance, daraus zu lernen. Frauen sind die unsichtbaren grossen Friedensakteur\*innen und tragen zentral zum Überwinden von Krisen und Konflikten bei. Wenn alle Menschen achtsamer wären, dann wäre die Welt ein grosses Stück friedlicher. Deswegen sagen wir: «Yes, we care!»



Ob der Ostermarsch 2021 stattfinden kann, ist noch nicht klar. Die Planung läuft. Foto: Klaus Petrus

Liebe Leser\*innen

2020 – was für ein Jahr! Nach unserem Glanzresultat gegen den Kauf neuer Kampfjets haben wir erneut einen Coup gelandet mit den 42,5 Prozent JA Stimmen für die Kriegsgeschäfte-Initiative. Mehr als eine Million Personen aus der ganzen Schweiz haben somit unsere Anliegen zwei Mal unterstützt. Einige zweifelten zwar bisweilen noch daran, doch jetzt ist klar: der Friedensbewegung in der Schweiz geht es gut und sie wird immer stärker.

Wie man aber so schön sagt: der Kampf geht weiter! Und es gibt genug zu tun. Obschon die Schikane-Reform zum Zivildienstgesetz letzten Juni versenkt wurde, steht die nächste Offensive in Sachen Dienstpflicht bereits vor der Tür und trägt den Namen «Bürgerdienst». Auf der internationalen Bühne spielt die Schweiz weiterhin eine wenig glorreiche Rolle, indem sie wirtschaftliche Interessen und Firmenprofite über Menschenleben stellt. So lässt sie beispielsweise die aserbaidische Firma Socar auf Ihrem Gebiet Geschäfte abwickeln, exportiert immer mehr Kriegsmaterial und produziert Bestandteile von tödlichen Waffen, die in Berg-Karabach eingesetzt wurden.

Dieser Militarismus ist gewiss wenig erfreulich. Doch die GSoA startet mit einem neu zusammengestellten und hochmotivierten Team in das neue Jahr – auf, dass es ein erfolgreiches wird für die Friedenspolitik im In- und Ausland.

Wir wünschen euch viel Freude beim Lesen,

Thomas Bruchez  
und die gesamte Redaktion

SOCAR

## Aktion gegen die blutigen Geschäfte der Schweiz

**Am 17. Dezember haben wir den Eingang von Socar Trading SA, einer Filiale von Socar in Genf, blockiert. Diese Firma erzielt den grössten Teil ihres Umsatzes in der Schweiz. Ziel der Aktion war es, die aktive und negative Rolle von Socar im Konflikt in Berg-Karabach, wo sich Aserbaidshan und Armenien bekämpften, an den Pranger zu stellen.** ALINE BRESSOUD

Während mehrerer Monate beherrschte ein blutiger Krieg zwischen Aserbaidshan und Armenien die Region Berg-Karabach. Es kamen Tausende Menschen ums Leben, darunter zahlreiche Zivilist\*innen und viele weitere sahen sich zur Flucht gezwungen. Die Region wurde ebenfalls zum Schauplatz mehrerer Kriegsverbrechen. Die Schweiz ist daran nicht unbeteiligt.

### ZUM BEISPIEL SOCAR

Seit vielen Jahren hilft die Schweiz Socar dabei, seine wirtschaftliche Präsenz auf ihrem Boden zu stärken, sodass das Unternehmen heute mehr als 76 Prozent seines Gesamtumsatzes hier erzielt. Die staatliche Öl- und Gasfirma, eine der grössten des Landes, bringt Aserbaid-

shan viel Geld ein. Dadurch konnte der ehemalige Sowjetstaat massiv in Rüstungsgüter investieren und eine moderne Armee finanzieren, die ihm, zusammen mit der materiellen Hilfe von Mächten wie Israel oder der Türkei, schliesslich den Sieg gegen Armenien ermöglicht hat.

### MILITÄRPROPAGANDA AUF DEN SOZIALEN MEDIEN

Doch Socar beteiligt sich nicht nur aktiv in der masslosen Rüstungspolitik des aserbaidischen Regimes. Es hat sich auch auf eine andere Weise in diesen Konflikt eingebracht. Während der ganzen Dauer der Auseinandersetzung hat das Unternehmen Hass gegen Armenier geschürt und Militär- und Kriegspropa-

ganda auf den sozialen Medien verbreitet. Deshalb haben wir vor dem Eingang von Socar Trading SA gegen diese Situation protestiert. Denn diese ist inakzeptabel. Die Schweiz als Depositarstaat der Genfer Konventionen darf nicht zulassen, dass eine solche Firma sich auf ihrem Boden bereichert.



Aktion vor der Socar Trading SA in Genf. Bildquelle: Demir Sönmez

### Impressum

**Redaktion:** Aline Bressoud (ab), Thomas Bruchez (tb, verantwortlich), Michael Christen (mc), Nicolas Félix (nf), Adi Feller (af), Magdalena Küng (mk), Nadia Kuhn (nk), Josef Lang (jl), Moritz Lange (ml), Lewin Lempert (ll), Oger (og), Martin Parpan (mp), Kishor Paul (kp), Laura Riget (lr), Judith Schmid (js, verantwortlich), Tobia Schnebli (ts), Andreas Weibel (aw)

**Cartoons:** Oger | **Gestaltung:** Regula Meili | **Übersetzung:** Catherine Jost | **Druck:** ROPRESS Zürich | **Auflage:** 17'500, mindestens viermal jährlich | **Mitgliedsbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.–/ Nichtverdienende Fr. 50.–** Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.– PC-Konto: PC 40-37315-5 | **Verlag:** GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

Leser\*innenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen einer Creative Commons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.

DIENSTPFLICHT

## Soldatenberatung

**Die Schweizer Armee will sich selbst vermehrt an Schulen bewerben – höchste Zeit wieder einmal aufzuzeigen, was die GSoA mit ihrer Soldatenberatung zur Information beiträgt.** MORITZ LANGE

Aus Gewissenskonflikten möchte ich keinen Militärdienst leisten, wie muss ich vorgehen? Ich sehe denn Sinn des Militärdienstes nicht mehr, wie komme ich da wieder raus? Ich möchte in den Zivildienst wechseln, von meinem Kommandanten bekomme ich dazu keine Infos, können Sie mir helfen? Solche und ähnliche Anfragen bekommt die GSoA immer wieder, besonders zu Beginn der Rekrutenschule zwei Mal pro Jahr. Im Laufe der Zeit hat sich die GSoA ein enormes Wissen rund um die Vorgänge der Rekrutierung, des Zivildienstes und

des Zivilschutzes erarbeitet. Dieses Wissen geben wir per Mail oder Telefon an ratsuchende Rekruten, hilfeschuchende Eltern von Rekruten oder auch aktiven Soldaten weiter. Nicht selten sind darunter auch Offiziere, denen die Lust auf das Militär vergangen ist.

Dass es die Beratungsstelle der GSoA nach wie vor braucht, liegt vor allem daran, dass der Staat und besonders die Armee ihrer Informationspflicht mehr schlecht als recht nachkommen. Sie informieren meist ungenügend über Alternativen zum Militärdienst. So war in den

Medien zu lesen, dass die Armee vermehrt in Schulen den Militärdienst bewerben will. Vertreter des Zivildienstes oder gar der GSoA sind dabei nicht zugelassen. Auch am Orientierungstag und an der Aushebung wird fast ausschliesslich für die Armee geworben. Mit Glück gibt es am Rande der Veranstaltung Informationen über den Zivilschutz und den Zivildienst. Deshalb kennen viele junge Männer ihre Rechte und Möglichkeiten nur ungenügend und müssen sich die gewünschten Informationen selber zusammensuchen. Hierbei ist die Soldatenberatung der GSoA behilflich. Sie bietet Hilfe bei Problemen während des Militärdienstes, informiert über die Möglichkeiten des Zivildienstes und vom Militär wegzukommen.

Brauchst auch du eine Beratung? Mehr Infos dazu findest du hier: [www.gsoa.ch/armee-und-zivildienstfragen](http://www.gsoa.ch/armee-und-zivildienstfragen)

## KRIEGSGESCHÄFTE-INITIATIVE

## Trotz Niederlage ein grosser Erfolg

Nach der Abstimmung über die Kriegsgeschäfte-Initiative lohnt sich ein Rückblick genauso wie ein Blick voraus. NADIA KUHN

42,5 Prozent der Schweizer Stimmbevölkerung sagte am 29. November Ja zur Kriegsgeschäfte-Initiative und damit Ja zu einer Schweiz, die ihre internationale Verantwortung ernst nimmt und die mit ihrem Geld nicht länger die Produktion von Panzern, Bomben und Atomwaffen finanziert. Dem vorausgegangen war eine jahrelange Kampagne, die mit einer spektakulären Aktion begann und in einer bunten, kreativen Kampagne mündete: Von blutig gefärbten Brunnen bis hin zu der legendären Aktion von Louise Schneider, die «Geld für Waffen tötet» an die Wand der SNB sprayte, haben wir nichts ausgelassen.

Herz der Abstimmungskampagne war das Briefkastenflieren. Von Hand haben wir rund 600'000 Flyer in die Briefkästen der Schweizer Bevölkerung verteilt. Zusätzlich haben wir über die Kanäle der Kriegsgeschäfte-Initiative mehr als 1,4 Millionen Menschen in den sozialen Medien erreicht, 6'000 Fahnen zierte Hauswände und zahlreiche Menschen trugen die Ja-Parole mit einer Schutzmasken zur Schau – das alles mitten in einer Pandemie.

Leider hat es am 29. November trotzdem nicht zu einer Annahme der Kriegsgeschäfte-Initiative gereicht. Doch seien wir ehrlich: Als wir diese Initiative vor drei Jahren lanciert haben, hätten wir nicht gedacht, dass ein so gutes Resultat möglich ist. Denn wir sind gegen die versammelte finanzielle Macht der bürgerlichen Parteien und der Rüstungslobby angetreten, die noch dazu eine Kampagne führen, die populistischer nicht hätte sein können. Besonders erfreulich ist auch, dass dank der Kriegsgeschäfte-Initiative bereits etliche Pensionskassen ihre Anteile an Kriegsmaterial- und Atomwaffenproduzenten abgestossen haben. Das sind realpolitische Erfolge, die die Welt ein kleines Stück friedlicher machen.

Dieses Resultat ist entsprechend nicht nur ein Achtungserfolg, sondern steht für eine Verschiebung der Deutungshoheit in der Schweizer Sicherheitspolitik – eine Verschiebung, die sich noch deutlicher in der ultraknapen Annahme der Kampfjet-Beschaffung im September zeigte. Die Zeit einer Sicherheitspolitik, die nur Ausrüstung kennt, ist abgelaufen in der Schweiz.



### WIE ES NUN WEITERGEHT

Der hohe Ja-Anteil ist ein deutliches Zeichen, dass die Schweiz nicht einfach zum Status quo zurückkehren kann. Gerade das Verbot der Investitionen in die Hersteller von international geächtetem Kriegsmaterial wie Atomwaffen, biologischen und chemischen Waffen, Antipersonenminen und Streumunition war im Abstimmungskampf unumstritten. Das Verbot der direkten Finanzierung von verbotenem Kriegsmaterial muss also umgehend ausgeweitet werden, sodass es auch die indirekte Finanzierung (beispielsweise via Aktienkäufe oder Beteiligung an Fonds) umfasst. Hierfür wurde von Priska Seiler-Graf auch bereits eine Motion eingereicht, die von Politiker\*innen aus SP, Grüne, EVP und GLP unterstützt wird.

Weiter stellte sich im Abstimmungskampf heraus, dass das Seco bisher kaum überprüft hat, ob das Verbot der direkten Finanzierung auch eingehalten wird. Eine vom Initiativkomitee in Auftrag gegebene Studie<sup>1</sup> kam zum Schluss, dass Credit Suisse und UBS auch direkt Unternehmen finanzieren, die im Atomwaffengeschäft tätig sind. Zwischen Januar 2018 und September 2020 gewährte die Credit Suisse direkte Finanzierungen an Atomwaffenproduzenten in der Höhe von 2,5 Milliarden US-Dollar, die UBS im Umfang von 628 Millionen – und das Seco will nichts davon gewusst haben. Entsprechend braucht es endlich ernsthafte und regelmässige Kontrollen der Banken, damit sie wenigstens diese Mindestanforderung erfüllen.

Zusätzlich befindet sich mit der Korrektur-Initiative bereits die nächste friedenspolitische Vorlage in der Pipeline. Dass der Nationalrat in der vergangenen Wintersession einem vollständigen Stopp aller Kriegsmaterialexporte an die Jemen-Kriegsallianz zugestimmt hat, stimmt zuversichtlich. Die politischen Verhältnisse bewegen sich in der Tat.

<sup>1</sup>Abrufbar unter: <https://kriegsgeschaefte.ch/wp-content/uploads/2020/11/Studie.pdf>

## MUNITIONSLAGER MITHOLZ

## 73 Jahre staatliches Versagen

Was sich in den letzten Monaten abzeichnete, steht nun fest: die Mitholzer\*innen werden ihr Dorf für zehn Jahre verlassen müssen. Seine unzähligen Fehler in der Sache Mitholz will der Bund aber weiterhin nicht aufarbeiten. JONAS KAMPUS

Im Dezember 1947 wurde das Dorf Mitholz von einer Explosion verwüstet. Neun Menschen liessen ihr Leben bei diesem Unglück, hunderte wurden über Nacht obdachlos. Das geheime, in den Felsen gebaute Munitionslager der Armee explodierte, sprengte einen Teil des Felsens weg und zerstörte Mitholz. Das Dorf wurde danach wieder vollständig aufgebaut.

Zwei Berichte Ende der 40er- und Mitte der 80er-Jahre kamen zum Schluss, dass von der nicht explodierten Munition keine Gefahr ausgehe. Der ehemalige Verteidigungsminister Adolf Ogi behauptete sogar 2018 gegenüber der Zeitung «Berner Oberländer», dass er immer davon ausgegangen sei, jegliche Munition sei 1947 explodiert. Als der Bundesrat aber 2018 eine Neuüberprüfung der Lage anordnete, konstatierte dieser, dass sich immer noch mehrere hundert Tonnen gefährlicher Sprengstoff unter dem Geröll befindet.

### RÄUMUNG

Statt wie geplant die Schaffung eines geheimen Rechenzentrums des Bundes in Angriff zu nehmen, wurde der Armeestandort Mitholz komplett geräumt und seiner Geheimhaltung entzogen. Im Verlaufe des vergangenen Jahres wurde den Bewohner\*innen von Mitholz vom VBS mitgeteilt, dass sie spätestens in zehn Jahren ihr Dorf für mindestens zehn Jahre verlassen müssen. Ein herber Schlag, der zu viel Frust unter den Einwohner\*innen führte.

Ob Mitholz nach den zwanzig Jahren Räumungsarbeiten wieder zu existieren beginnen wird, steht zurzeit noch in den Sternen. Eine Umfrage des VBS ergab, dass über 80 Prozent der Bewohner\*innen bei einer zehnjährigen

Räumungsphase nicht wieder nach Mitholz zurückzukehren gedenkt.

Die Causa Mitholz wird Parlament und Bundesrat noch lange beschäftigen. Das ganze Projekt kostet den Bund zwischen einer halben bis zu einer Milliarden Franken. Diese werden aus Krediten des VBS finanziert. Die vergangenen Fehler der letzten 73 Jahre möchten aber weder National- noch Bundesrat aufarbeiten. Der Vorstoss von Jürg Grossen zur Einberufung einer Untersuchungskommission wurde Anfang 2020 abgelehnt. In der Sache Mitholz ist aber definitiv noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Die «Fluh» bei Mitholz - Januar 1948, von Westen.  
Foto: Leupin & Schwank, Bern, Schweizerisches Bundesarchiv E5150A#2008/190#204\*



## KAMPFJET-BESCHAFFUNG

## Intransparenz und Einmischung der US-Geheimdienste?

Nach dem extrem knappen Ja zum Milliarden-Blankoscheck für neue Kampfjets beginnt der Rüstungslobby-Wahnsinn. LAURA RIGET

Auch wenn Monate vergangen sind, bewegt uns der Gedanke an den September-Abstimmungssonntag immer noch. Nur 8'600 Stimmen trennten uns von der sensationellen Ablehnung des milliardenschweren Kaufkredits für neue Luxuskampfjets. Es war eine Abstimmung, welche die Befürwortenden zur Frage über die Weiterexistenz der Armee hochstilisierten hatten. Wenn mit dieser Ausgangslage trotzdem fast 50 Prozent der Bevölkerung Nein sagen, hat das VBS nichts zu feiern. Vielleicht etwas naiv hofften wir, dass das VBS dieses Zufallsmehr zur

Kenntnis nehmen und sich offen zeigen würde für einen Dialog. Auch weil der genehmigte Kredit zwar den maximalen auszugebenden Betrag definiert, aber das VBS nicht dazu verpflichtet ist, alles davon auszugeben. Spielraum besteht auch bezüglich der Anzahl und dem Typ der Flugzeuge, zum Beispiel durch den Verzicht auf den Kauf der umstrittenen US-Maschinen. Bis jetzt deutet nichts dazu hin, dass das VBS die Meinung der 49,85 Prozent der Stimmbevölkerung ernst nimmt.

### US-GHEIMDIENST MISCHTELTE MIT

Wir haben immer gesagt: Mauscheleien und fehlende Professionalität wie sie bei anderen Beschaffungen im VBS an der Tagesordnung sind, dürfen keinen Platz haben. Berichte aus dem Norden Europas scheinen unsere Befürchtungen zu bestätigen: Norwegen hat wie zuvor Dänemark entschieden, den US-amerikanischen Bomber F-35 zu kaufen. Mit 52 Fliegern ist dies die grösste öffentliche Beschaffung der norwegischen Geschichte. Gemäss norwegischer Presse haben die Geheimdienste der USA den Einkaufsprozess in Dänemark und möglicherweise auch Norwegens ausspioniert.

Jetzt steckt die Schweiz mitten im Evaluationsprozess, der in einer Typenwahl im zweiten Quartal 2021 enden soll. Und auch der F-35 ist einer der vier möglichen Kandidaten. Es ist also wichtiger denn je, dass wir weiterhin auf Transparenz im gesamten Beschaffungsprozess pochen. Zudem prüfen wir die Lancierung einer Volksinitiative gegen den konkreten Kauf neuer Kampfflugzeuge, je nachdem was in den nächsten Monaten passiert. Wir bleiben dran!

## DIENSTPFLICHT

INITIATIVE

**Bürger\*innendienst: Ein Vorschlag zum Vergessen**

**Im Jahr 2021 plant der Verein «Service Citoyen» eine Volksinitiative für einen obligatorischen «Bürgerdienst» zu lancieren. Auf den ersten Blick scheint der Vorschlag sympathisch zu sein, bei genauerem Hinsehen jedoch merkt man: Diese Initiative stärkt die Armee und führt zu Lohndumping. Und sie verstösst gegen den UN-Menschenrechtspakt.** LEWIN LEMPERT

Wer findet den Vorschlag nicht sympathisch, anstelle der obligatorischen Männer-Wehrpflicht einen Dienst einzuführen, der allen Geschlechtern offensteht und bei dem verschiedene Formen des «Milizengagements» angerechnet werden können? Auf den ersten Blick wohl niemand. Und wer findet es sympathisch, einen Zwangsdienst für alle jungen Menschen einzuführen, der schlecht bezahlt wird und dazu führt, dass man seine Aus- und Weiterbildung verschieben und an der Ausübung der ganz persönlichen freiwillig-ehrenamtlichen Tätigkeiten gehindert wird? Wohl niemand. Doch beide Vorschläge entsprechen – unterschiedlich formuliert – der gleichen Idee: Der Einführung eines obligatorischen Bürger\*innendienstes. Man soll der Gesellschaft mit einem «Dienst an der Allgemeinheit» etwas zurückgeben, wird oft gesagt. Doch vergessen geht dabei, dass man auch als politische Aktivistin, als engagierter Enkel oder als soziale Unternehmerin etwas zum gesellschaftlichen Wohl beiträgt. Die Idee des Bürger\*innendienstes erinnert an den Ablasshandel aus dem Mittelalter: Mit einem Dienstjahr wäscht man sich rein, um dann das gesamte Leben die Interessen der Gesamtgesellschaft ignorieren zu können.

**LOHNDUMPING-INITIATIVE**

Die neoliberale Organisation Avenir Suisse steht seit Jahren hinter der Bürger\*innendienst-Idee. Kein Wunder: Mit einem Bürger\*innendienst liessen sich abertausende schlecht bezahlte Zwangs-Jobs in Bildungsinstitutionen oder dem Pflegebereich schaffen. Echte Investitionen und gute Löhne in diesen Bereichen blieben auf der Strecke. Jahr für Jahr sollen neu 60'000 junge Menschen für einen «Dienst an der Gesellschaft» eingeteilt werden, wobei ungefähr 20'000 Personen gemäss Initiativtext zwingend zur Armee müssen. Der grosse Rest soll aber neu einen nicht näher definierten «Milizdienst» leisten. Für eine solch grosse Anzahl Menschen ist es eine immense Herausforderung, geeignete Einsatzstellen zu finden. Das Risiko ist darum enorm, dass in Bereichen, in denen es schon heutzutage an Personal mangelt, dieser Personalnotstand mit schlecht bezahlten und kaum ausgebildeten jungen Menschen gefüllt wird. Das setzt die dort bezahlten Löhne weiter unter Druck und führt zu Lohndumping. Weshalb sollte eine Spitaldirektorin einen Pfleger für 7000 Franken anstellen, wenn es auch Zwangs-Verpflichtete aus dem Bürger\*innendienst-Pool gibt?

**PRO-ARMEE-VORSCHLAG**

Wenn man sich den vorgeschlagenen Initiativtext der Bürger\*innendienst-Volksinitiative genau anschaut, merkt man schnell: Das Prinzip eines unnötigen Massenheeres wird mit diesem Vorschlag zementiert. Wortwörtlich steht im Initiativtext: «Der Bürgerdienst ist so auszugestalten, dass der Sollbestand der Armee garantiert ist.» Aktuell ist der Sollbestand der Armee bei 100'000 Soldaten, der Effektivbestand bei 140'000. Dieses Prinzip eines milliardenteuren Massenheeres wird mit der Bürger\*innendienst-Initiative zementiert. Eine Wahl zwischen Militärdienst und Dienst in der Gesellschaft ist nicht vorgesehen. Der Spielraum für tiefgrei-

fende Armeeformen würde bei einer Annahme der Initiative kleiner, die Armee würde gestärkt.

**INITIATIVE SCHWÄCHT FREIwillIGEN-ENGAGEMENT UND CARE-ARBEIT**

Eine der grossen Diskussionen unserer Zeit ist die Care-Arbeit, die überproportional von Frauen geleistet wird. Ziel soll nicht sein, sämtliche Care-Tätigkeiten finanziell zu entschädigen, doch sollten wir diese Arbeit gerecht in der Gesellschaft verteilen. Und sie soll den Stellenwert erhalten, den sie verdient – schliesslich bilden die Pflege und Betreuung von Kindern und gebrechlichen oder kranken Menschen, die Gesundheitsversorgung und das Bereitstellen von Nahrung, Sicherheit, Hygiene und Geborgenheit die Grundbasis unserer Gesellschaft. Die Idee von Service Citoyen, einen obligatorischen Dienst einzuführen, greift diese Leistungen aber an, anstelle sie zu stärken. Eine Leistung als gesellschaftlichen Dienst anzuerkennen, kann zwar tatsächlich zu einer symbolischen Aufwertung dieser Leistung führen. Ein Obligatorium aber würde das Gegenteil bewirken: Ein Zwangsdienst würde – wie die Männer-Wehrpflicht auch – die Menschen einschränken. Care-Tätigkeiten freiwillig zu übernehmen. Ein Anreizsystem für «mehr gegenseitige Hilfe und Solidarität», wie Service Citoyen es erreichen möchte, ist eine allgemeine Dienstpflicht nicht. Neben einer Zuspitzung der Care-Krise hätte ein obligatorischer Milizdienst auch fatale Auswirkungen auf sonstiges freiwilliges Engagement, das viele junge Menschen leisten. Denn: Was würde überhaupt als dem «Bürgerdienst» anrechenbare «Milizarbeit» gelten? Diese Definition soll das bürgerlich geprägte Parlament übernehmen. Das

ist fatal, denn es wäre davon auszugehen, dass am Schluss weder das Engagement bei der Klimajugend noch die regelmässige Organisation eines Jass-Turniers im Dorf als Milizarbeit zählt. Der Besuch beim Grosi, das Engagement für Urban Gardening oder das Gassi-Gehen mit einem Hund aus dem Tierheim: All das würde aller Voraussicht nach nicht als Milizarbeit gezählt – die Wertschätzung, die sie verdienen, blieben diesen Leistungen weiterhin verwehrt. Und wegen dem Bürger\*innendienst hätten junge Menschen weniger Zeit, diese Engagements wahrzunehmen. Ihre Arbeitskraft würde vielmehr missbraucht werden, um politisch gewollte Lücken in Tieflohnbereichen im Arbeitsmarkt zu füllen.

**INITIATIVE VERSTÖSST GEGEN VÖLKERRECHT**

Zu guter Letzt sollte eine Tatsache sämtlichen Vorschlägen für einen Bürger\*innendienst ein Ende bereiten: Ein Zwangsdienst für Bürgerinnen und Bürger widerspricht dem Zwangsarbeitsverbot des UN-Menschenrechtspakts. Eine Ausnahme dafür bildet bis heute – leider – der Militärdienst, wobei das Angebot eines zivilen Ersatzdienstes zum Militärdienst Pflicht ist. Doch ein Bürger\*innendienst, wie ihn die Volksinitiative vorsieht, ist kein ziviler Ersatzdienst zur Wehrpflicht. Er zwingt vielmehr um die 60'000 junge Menschen pro Jahr, zu tiefen Löhnen und wohl an vielen fragwürdigen Einsatzstellen einen «Dienst an der Allgemeinheit» zu leisten. Der emeritierte Völkerrechtsprofessor Rainer J. Schweizer sagt denn auch: «Mit einem Bürgerdienst Lücken füllen zu wollen in Bereichen, in denen Manpower fehlt, da habe ich Bedenken.» Diese Bedenken sind ernst zu nehmen. Denn anstatt mit einer Männer-Wehrpflicht oder einem allgemeinen Zwangsdienst junge Menschen in ihren Freiheiten einzuschränken, wäre ein freiwilliger Zivildienst eine viel bessere

Option für unsere Gesellschaft. Diejenigen, die nicht schon privat viel ehrenamtliches Engagement leisten, sollen die Möglichkeit haben, ein soziales Jahr zu leisten. Unser Nachbarstaat Deutschland beweist, dass sich dafür problemlos genügend Leute finden. Ein solches institutionalisiertes Freiwilligen-Engagement würde auch viel besser zum freiwilligen Miliz-Engagement der Schweiz passen, das – mit Ausnahme der Wehrpflicht – schon immer ohne Zwang gut funktioniert hat.

**FDP-MOTION FÜR BÜRGERDIENST**

(mk) Die FDP fordert in einer Motion, der Bundesrat solle einen Vorschlag für einen allgemeinen obligatorischen Bürger\*innendienst ausarbeiten. Dabei müssen die Bestände von Armee und Zivilschutz garantiert sein. Der Bundesrat lehnt die Motion ab; behandelt wurde sie im Parlament noch nicht. Was jetzt schon klar ist: Die Motion will hinter den vorgeschobenen Argumenten von der Wichtigkeit der persönlichen Beteiligung Aller und der Gleichberechtigung von Frauen und Männern den Auslesepool für das Militär vervielfachen. Dass freiwillige Dienste und Fürsorgeleistungen eine enorme Relevanz haben für unsere Gesellschaft, scheinen «die Liberalen» immer noch nicht sehen zu wollen. Im Vergleich zum Vorschlag des Vereins Service Citoyen fokussiert die FDP noch stärker auf eine Stärkung der Armee – unter dem Vorwand der eines Bürger\*innendienstes.



## SÖLDNERGESETZ

## Eine Harmonisierung nach unten

**Im Juni 2019 entschied das EDA, der Firma Pilatus zu verbieten, weiterhin seine Dienstleistungen in Saudi-Arabien und in den Vereinigten Arabischen Emiraten anzubieten. Diese Entscheidung wurde rege diskutiert. Die Verordnung über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen wurde nun geändert.** ALINE BRESSOUD

Letztes Jahr hat das EDA die Firma Pilatus gezwungen, seine Tätigkeiten in Saudi-Arabien einzustellen, weil diese nicht mit den ausserpolitischen Zielen der Schweiz zu vereinbaren seien. Pilatus leistete technischen Support für die 55 Trainingsflugzeuge vom Typ «Pilatus PC-21». Es wurde somit offensichtlich, dass es in diesem Fall zahlreiche gesetzliche Überschneidungen gab, die zum Teil widersprüchlich waren. Pilatus exportierte militärische Trainingsflugzeuge und bot anschliessend dazugehörige technische Dienstleistungen an. Der Export von Kriegsmaterial und speziellen militärischen Gütern unterliegen zwar dem Kriegsmaterialgesetz (KMG), respektive dem Güterkontrollgesetz (GKG). Doch dazugehörige Dienstleistungen wie Unterhalt und Ausbildung unterliegen ihrerseits dem Bundesgesetz über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen (BPS). So-

mit sind die Bewilligungen, die erhalten werden müssen, an unterschiedliche Systeme gekoppelt, was gewisse Mängel in der Koordination aufzeigt.

Deshalb wurde am 21. Februar 2019 eine interdepartementale Arbeitsgruppe beauftragt, die Kohärenz in Fällen zu beurteilen, bei denen es ein Zusammenspiel dieser drei gesetzlichen Grundlagen gibt, und geeignete Lösungen zur Harmonisierung zu finden. Parallel dazu gab es viele parlamentarische Vorstösse zu diesem Thema in beiden Kammern.

### HARMONISIERUNG NACH UNTEN

In einem von Juni 2020 stammenden Bericht zeigte sich eine Arbeitsgruppe der UNO besorgt über kürzlich geführte Diskussionen, bei denen eine weniger eng gefasste Umsetzung des Gesetzes erwogen wurde. Gemäss dieser Arbeitsgruppe wären diese Erwägungen eine Entwick-



Welche Folgen hat die Revision auf die privaten Sicherheitsdienstleistungen im Ausland – zum Beispiel am PC-21? Foto: [https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Pilatus\\_PC-21#/media/File:New\\_Saudi\\_PC-21.JPG](https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Pilatus_PC-21#/media/File:New_Saudi_PC-21.JPG)

## BERG-KARABACH

## Kampfdrohnen mit Schweizer Motoren

**Eine israelische Kampfdrohne, eingesetzt durch die aserbaidzhanische Armee, wurde vergangenen Herbst im Krieg um Berg-Karabach von der armenischen Armee abgeschossen. Darin enthalten: ein Antriebsmotor aus der Schweiz – legal exportiert. Legitim ist das keineswegs.** JUDITH SCHMID

Letzten Sommer eskalierte der über ein Jahrhundert alte Streit zwischen Armenien und Aserbaidschan um die Region Berg-Karabach erneut. Der neu entfachte Krieg forderte auf beiden Seiten mehrere Tausend Tote, rund 100'000 Menschen wurden zur Flucht aus der Region gezwungen. Mit dem Waffenstillstandsabkommen vom 9. November wurde die Niederlage Armeniens besiegelt.

Bereits im Oktober zeichnete sich die militärische Unterlegenheit Armeniens ab. Auf der Suche nach Antworten entdeckte Vahe Saruckhanyan, Journalist des armenischen Investigativ-Portals «Hetq» – auf deutsch: Spur – die Überreste einer israelische Harop-Drohne auf einem Trümmerfeld. Die Drohne wurde durch die aserbaidzhanische Armee eingesetzt. Bevor sie aber ihren Zweck als auf Befehl explodierende Suizid-Drohne erfüllen konnte, wurde sie durch die armenische Armee abgeschossen. Auf einem Metallzylinder in ihren Überresten prangten deutlich sichtbar die Worte «swiss made».

### INDUSTRIELLES STANDARDPRODUKT

Der Metallzylinder ist ein Antriebsmotor für das Ausklappen der Drohnenflügel. Hergestellt wurde er von der Firma «Faulhaber Minimotor SA» im Tessin. Saruckhanyan wandte sich mit seinem Fund an SRF, worauf sich Radiojournalist Tobias Gasser der Sache annahm. Die Antworten, die er von den beteiligten Akteuren erhielt, sind ernüchternd: Faulhaber beteuerte in einer Stellungnahme, sich immer an die schweizerischen Exportbedingungen zu halten. Dass sie damit richtig liegen, bestätigt das Seco: «Solche elektrischen Antriebe (Elektromotoren) sind von der Güterkontrollgesetzgebung nicht erfasst und können bewilligungsfrei exportiert werden.» Der Motor zählt also weder zum Kriegsmaterial noch zu den Dual-Use-Gütern. Sie sind ein industrielles Standardprodukt und können überallhin kontrollfrei verkauft werden, auch wenn der Empfänger offensichtlich eine Rüstungsfirma ist, wie in diesem Fall die «Israeli Aerospace Industries» (IAI).

lung, welche die erzielten Fortschritte bei Regulierungen in diesem Bereich zunichte machen könnten. Sie könnten ebenfalls Bemühungen schwächen, die Verletzungen von Menschenrechten und internationalem humanitären Recht verhindern sollen. Diese Befürchtungen waren vollständig gerechtfertigt, denn bei der Revision der Verordnung, die im November 2020 vom Bundesrat vorgenommen wurde, handelt es sich

in vielen Punkten um eine Harmonisierung nach unten. So sind «Unternehmen nicht verpflichtet, [ihre] Tätigkeiten zu melden, sofern die Ausfuhr im Zeitpunkt der Ausübung der Tätigkeiten nach wie vor zulässig wäre».

Für die GSoA heisst dies: Wir müssen bei diesem Dossier unbedingt sehr genau hinschauen und beobachten, was die konkreten Folgen dieser Revision sind.

## KRIEGSMATERIALEXPORTE

## Waffen statt Impfstoffe

**Die anhaltend hohen Kriegsmaterialexporte machen betroffen. Insbesondere wenn man bedenkt, dass die Gelder anderweitig eingesetzt werden könnten.** ADI FELLER

Im dritten Quartal 2020 erreichten die Schweizerischen Kriegsmaterialexporte total 680 Millionen Schweizer Franken. Auffallend sind die hohen Exporte von Panzerfahrzeugen nach Dänemark (135 Millionen), Botswana (70 Millionen) und Rumänien (58 Millionen). Insbesondere die Lizenzproduktion für Schützenpanzer des Typs Piranha 5 der General Dynamics Mowag in Kreuzlingen lohnt sich aufmerksam zu verfolgen. Die von der rumänischen Armee gekauften 227 Panzer sollen vor Ort in der Uzina Mecanic Bucure ti (UMB) gefertigt werden. Aus dieser Fabrik könnte in Zukunft auch in andere Länder exportiert werden. Der rumänische Premierminister spielt in der Pressemitteilung von Mowag zur Eröffnung der Produktionslinie bereits explizit auf neuen Exportmöglichkeiten für die rumänische Rüstungsindustrie an. Und die Schweizer Mowag könnte im Rahmen des Schlupflochs in Art. 18 Abs. 2 des Kriegsmaterialgesetzes einfach Bestandteile und Baugruppen in ein EU-Land

liefern, ohne den tatsächlichen Endempfänger dieser Rüstungsgüter angeben zu müssen. Wir werden diese Exporte jedenfalls weiterhin im Auge behalten.

### JEDER FRANKEN FÜR RÜSTUNG FEHLT ANDERSWO

Gerade die aktuelle Pandemie zeigt einmal mehr, dass Geld, welches in die Rüstung investiert wird, anderswo fehlt, insbesondere in ärmeren Ländern. Sei es im Gesundheitswesen oder bei vorausschauendem Umgang mit dem Klimawandel, es gäbe viele Möglichkeiten diese Gelder für die effektive Sicherheit der Bevölkerung einzusetzen. So könnte Botswana, welches Mitte November 2020 einen Vertrag mit dem von der WHO initiierten COVAX-Impfstoff-Verteiler unterzeichnete, statt nur Impfungen für 20% der Bevölkerung zu stellen, den Impfstoff der ganzen Bevölkerung zu Verfügung stellen, wenn stattdessen etwas weniger Schweizer Schützenpanzer gekauft würden.



Die Zerstörung nach wenigen Monaten Krieg ist gross in Berg-Karabach

Bildquelle: Yan Boechat/VOA [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Destroyed\\_housing\\_compex\\_in\\_the\\_Republic\\_of\\_Artsakh\\_due\\_to\\_bombardment\\_from\\_Azerbaijan\\_in\\_September-October\\_2020.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Destroyed_housing_compex_in_the_Republic_of_Artsakh_due_to_bombardment_from_Azerbaijan_in_September-October_2020.jpg)

### ÄNDERUNG DER EXPORTPRAXIS UNABDINGBAR

Eine solche Exportpraxis ist nicht nur diplomatisch problematisch. Es geht nicht nur darum, wie die offizielle Schweiz das «swiss made»-Label auf den Trümmerfeldern eines verlorenen Krieges Armenien erklären will. Diese Exportpraxis ist einmal mehr heuchlerisch und moralisch höchst verwerflich. Will die

Schweiz in Zukunft weniger Blut an ihren Händen haben, müssen nicht nur die Exportregeln für Kriegsmaterial und Dual-Use-Güter verschärft werden. Auch bei sogenannten «industriellen Standardprodukten» muss endlich besser hingeschaut werden. Denn wie die eindeutige militärische Anwendung dieser Motoren zeigt, müssten diese Güter mindestens auch als Dual-Use-Gut eingestuft werden.



ANDREAS WEIBEL

**EIN ANSTÄNDIGER MENSCH**

Selbst für einen US-Präsidenten ist es keine Trivialität, einen Krieg anzuzetteln. Es braucht eine ideologische Mission, Gestaltungswillen, Beharrlichkeit. Nichts davon hatte Donald Trump. Ihm fehlte die Fähigkeit, sich länger als die 280 Zeichen von Twitter auf ein Thema zu fokussieren. So führte er zwar die militärischen Engagements sein Vorgänger weiter, ohne viel Enthusiasmus, er begann jedoch keinen neuen Konflikt.

Joe Biden ist ein anderes Kaliber. Er und sein Team werden die Weltpolitik in ihrem Sinne zu gestalten versuchen. Seine Administration hat nicht nur die Macht, sondern auch die Fähigkeit dazu. Müssen wir deshalb mehr militärische Konflikte als unter seinem Vorgänger fürchten?

In seiner jahrzehntelangen Karriere machte Biden Fehler, aus denen er jedoch lernte. Als Senator stimmte Biden zwar für den Irakkrieg, bereute diesen Entscheid jedoch. Er hat bereits angekündigt, dass er nach den verlorenen vier Jahren unter Trump von der Politik des nationalen Egoismus wieder auf die Bühne des Multilateralismus zurückkehren werde. Bereits in seinen ersten Amtstagen hat Biden den Austritt der USA aus der Weltgesundheitsorganisation und vom Pariser Klimaabkommen rückgängig gemacht.

Für das von Trump einseitig aufgekündete Atom-Abkommen mit dem Iran gibt es nun wieder Hoffnung. Für Biden ist klar, dass es der beste Weg ist, ein nukleares Wettrüsten im Nahen Osten zu verhindern.

Auch in Diskussion über die Rüstungskontroll-Abkommen mit Russland wird es neue Dynamik geben. Biden hat zu viele andere Baustellen, als dass er sich einen atomaren Rüstungswettkampf mit Putin leisten möchte. Die Weiterführung der bisherigen Übereinkünfte zwischen Russland und den USA wird jedoch eine Herausforderung, da beide Staaten China als neuen Konkurrenten sehen, und dieses sich bisher in

ANDI VS. LENA

**Gibt es Hoffnung?**

**Die Wahl von Joe Biden bringt auf der internationalen Bühne vieles in Bewegung. Wie stehen die Aussichten, dass die USA in den kommenden Jahren friedenspolitisch eine positive Rolle einnehmen werden?**

keinster Weise daran interessiert sah, sich in ein Rüstungskontroll-Abkommen einbinden zu lassen.

Michael Moore, Ikone der amerikanischen Linken und Regisseur von «Bowling for Columbine» und «Fahrenheit 9/11», ist optimistisch. Im Nachgang zu den Wahlen attestierte er Biden einige sehr traditionelle Werte, welche für die nächsten Jahre entscheidend sein werden: Der neue Präsident sei ein von Grund auf anständiger Politiker und ein mitfühlender Mensch. Hoffen wir, dass sich diese Werte auch in der Sicherheitspolitik der neuen Administration niederschlagen werden.

MAGDALENA KÜNG

**BRINGT BIDEN MEHR FRIEDEN? NEIN.**

Der Kontrast zwischen dem abtretenden und dem antretenden US-Präsidenten scheint markant. Was Trump an Eloquenz, Wille zu antidiskriminierenden Positionen (und Sprache) und Politikerfahrung mangelte, macht Biden praktisch problemlos wett. Viele der sichtbarsten Aspekte der US-Politik dürften zumindest nachvollziehbarer werden. Man freut sich für die USA. Doch weil die USA eben die USA sind, muss man sich immer auch fragen, ob sich der Rest der Welt freuen kann. Der Fokus liegt dabei



häufig bei wirtschaftlichen Beziehungen – die geschätzt über 1000 Militärbasen, auf die die USA Zugriff haben oder die von den USA selbst betrieben werden, finden weniger Erwähnung. Dabei haben die USA die Entente von Aussenpolitik und Militär modernisiert. Eine Tatsache, die uns alle etwas angeht – und die Biden nicht einfach so verändern können wird.

Trump war kein Präsident, der als Lokomotor einer konfliktabbauenden und friedensfördernden USA in die Geschichte eingehen wird. Im Gegenteil: seine Politik hat existierende Konflikte alimentiert, diplomatische Anstrengungen erschwert und seinen Teil zur internationalen, auch atomaren Aufrüstung beigetragen. Hier liegt zu Recht viel Hoffnung auf der Biden-Harris-Administration, diese Verschärfungen im internationalen Umfeld wieder rückgängig zu machen. Nur: Reicht das? Biden selbst schreibt in einem Essay, er wolle die USA wieder als Anführer der Welt sehen. Er betont zwar, dass ihm dabei die Achtung demokratischer Institutionen und Prozesse in Zusammenarbeit mit der Staatengemeinschaft wichtig seien. Biden dürfte aber dennoch wenig daran gelegen sein, die militärische Macht der USA zu schmälern. Denn: Das Pentagon wird nicht von einem Tag auf den anderen Diskurs und Strategie ändern können. China, Russland und der Iran werden für die Biden-Harris-Administration nicht an Bedeutung verlieren, genauso wenig wie es der Krieg gegen den Terrorismus tun wird. Es wäre also überraschend, wenn das 700 Milliarden Budget des Pentagon gekürzt würde.

Die Biden-Harris-Administration bringt einen Stilwechsel. Ob in Sachen Sicherheitspolitik bereits gefeiert werden darf, wissen wir noch nicht. Denn auch wenn man keine versteckte Agenda Bidens vermuten muss, so bleibt doch der Verdacht, dass die Idee der Sicherung, Erweiterung und Verteidigung von Freihandel und Demokratie durch militärische Mittel stärker ist als jede Präsidentschaft.

Welche Auswirkungen wird der Machtwechsel in den USA auf die internationale Sicherheitspolitik haben?

Bildquelle: Eric Yeich



SIPRI

**Die Rüstungsgiganten verkaufen immer mehr**

**Das schwedische Forschungsinstitut SIPRI hat neue Zahlen zu den militärischen Geschäften der grössten Rüstungsfirmen publiziert: Von 2018 auf 2019 haben die 25 Rüstungsgiganten 8,5 Prozent mehr Waffen verkauft. Zum ersten Mal sind dabei auch Zahlen von chinesischen Firmen enthalten.** THOMAS BRUCHEZ

Im Jahr 2019 verkauften die 25 weltweit grössten Rüstungsfirmen Kriegsmaterial im Wert von 361 Milliarden Dollars, 8,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Amerikanische Firmen sind dabei marktführend: So kommen zwölf dieser 25 Firmen aus den USA und deren Waffenverkäufe machen 61 Prozent der Waffenverkäufe dieser 25 grössten Firmen aus. Die Top 5 dieser Rangliste sind ebenfalls rein amerikanisch.

**DAS AUFKOMMEN DER CHINESISCHEN UNTERNEHMEN**

Neu an den vom SIPRI veröffentlichten Zahlen ist vor allem die Tatsache, dass nun Daten

über die Geschäfte chinesischer Firmen vorliegen, was bis anhin nicht der Fall war. Es befinden sich vier chinesische Firmen in der Rangliste der 25 mächtigsten Rüstungsfirmen. Davon sind drei davon in den Top 10. Insgesamt gehen 16 Prozent aller Waffenverkäufe der 25 grössten Waffenproduzenten auf diese vier Firmen zurück.

**INTERNATIONAL IMMER PRÄSENTER**

Das Forschungsinstitut hat ebenfalls hervorgehoben, dass die 25 Grosskonzerne der Rüstungsindustrie in immer mehr Ländern vertreten sind: Sie verfügen über Niederlassungen

in nicht weniger als 49 Ländern. Die internationalsten Firmen sind Thales und Airbus, die in je 24 Ländern vertreten sind. Bei den Staaten, in denen sich diese Filialen befinden ist, wenn man Europa und Nordamerika ausschliesst, Australien mit 38 Niederlassungen Spitzenreiter. Anschliessend sind es Saudi-Arabien (24), Indien (13), Singapur (11), die Vereinigten Arabischen Emirate (11) und Brasilien (10). Diese Länder sind bekannt dafür, dass sie Menschenrechte verletzen und zwei davon, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, sind am Bürgerkrieg in Jemen beteiligt, der als schlimmste humanitäre Katastrophe des 21. Jahrhunderts gilt. Diese Niederlassungen sind besorgniserregend, jedoch nicht überraschend. Denn autoritäre Staaten und solche, die in einen bewaffneten Konflikt involviert sind, sind logischerweise ein attraktiver Markt für Rüstungs-

firmen, vereinfacht doch eine Filiale vor Ort den Zugang zu ebendiesem Markt.

Dass diese Rüstungsriesen immer mehr Waffen verkaufen, bedeutet auch, dass der Waffenkauf der Staaten ebenfalls steigt. Das Jahr 2020 hat ganz klar gezeigt, welche katastrophalen Auswirkungen Sparmassnahmen im Gesundheitswesen haben, aber auch wie wichtig Investitionen in diesem Bereich sind. Indem man Geld für Waffen ausgibt, wird dieses Ziel deutlich verfehlt. Verlangen wir also 2021 ausdrücklich, dass wir Pflgende und nicht Waffen brauchen!

## MOBILISIERUNG

## Kampfjets provozieren Höhenflüge an den Urnen

**Die bisher drei Abstimmungen über Kampfjets mobilisierten auffällig stark. Wie erklärt sich das?** JOSEF LANG

Die Stimmbeteiligung am 27. September 2020 war mit 59,4 Prozent die fünfthöchste an den 146 Urnengängen der letzten 50 Jahre. Alle drei bisherigen Kampfjet-Abstimmungen fallen unter die elf Abstimmungs-Termine mit der stärksten Teilnahme seit 1971. Am 6. Juni 1993 (Stop F/A-18) waren es 55,6 Prozent, am 18. Mai 2014 (Gripen) 56,3 Prozent. Die Themen der drei höchsten Beteiligungen im halben Jahrhundert seit Einführung des Frauenstimmrechts zeigen, was die Gemüter am meisten bewegt: EWR-Beitritt (1992, 78,7 Prozent), «Überfremdung» (1974, 70,3 Prozent), Schweiz ohne Armee (1989, 69,2 Prozent).

Es sind die drei A-Fragen, die mit starken Identifikationen verbunden sind: Ausland, Ausländer\*innen, Armee. Allerdings bauen sie auf Gegenseitigkeiten. So wurde die Durchsetzungsinitiative 2016 bei einer Beteiligung von 63,7 Prozent gebodigt, weil die Gegner\*innen stärker mobilisiert hatten als die SVP-Basis. Und es heisst auch nicht, dass die drei Fragen in jedem Fall mobilisierend wirken. So lagen die Stimmbeteiligungen bei der Armeeform 2003 und bei der Aufhebung der Wehrpflicht unter 50 Prozent.

### HOHE UNTERSCHRIFTENZAHLEN

Aber die Kampfjets mobilisieren immer – und zwar beide Lager, das militärfreundliche wie das armeekritische. Allerdings findet seit etwa einem Jahrzehnt eine Verschiebung zu unseren Gunsten statt – dank der kritischer und stärker gewordenen Beteiligung der Frauen. Die Zuverlässigkeit der Mobilisierungskraft der Flieger-Vorlagen zeigt sich schon bei den Unterschriftensammlungen. Im Mai/Juni 1992 sammelte die GSoA innert 32 Tagen 503'719 Unterschriften für eine Schweiz ohne neue Kampfjets. Für das Gripen-Referendum schafften wir trotz Winterzeit das Doppelte des nötigen Quorums von 50'000 Unterschriften. Und gegen die Kampfjets haben in diesem Frühsommer trotz Corona gegen 90'000 Bürgerinnen und Bürger unterschrieben.

Warum haben Kampfjets eine solche mobilisierende Wirkung? Zu einem wichtigen Teil liegt es am Geld. Sie sind teuer beim Kauf, beim Betrieb, beim Upgrading. Zusätzlich regen sie auf wegen der Lärm- und Luftbelastung. Die Kampfjets sind die einzige konkrete Armeematerie, über die abgestimmt werden kann. De-

ren praktische Notwendigkeit und Nützlichkeit ist – abgesehen vom Luftpolizeidienst – schwer zu vermitteln.

Aber das Wichtigste ist: Die Kampfjets verkörpern den sichtbarsten Teil der Armee. Damit sind sie die ideale Zielscheibe für die vielen Männer und noch mehr für Frauen, welche dem Militärischen aus pazifistischen, feministischen und/oder antiautoritären Gründen skeptisch ge-



Die Abstimmung über den Kauf neuer Kampfjets bewegte auffällig viele Menschen an die Urne.

Foto: GSoA

genüberstehen. Gleichzeitig sind damit die Kampfjets für die Armee-Anhänger\*innen ein doppelter Grund, sich für sie einzusetzen. Die Luftwaffe ist der Teil, der am deutlichsten für das Ganze steht. Und der am heftigsten in Frage gestellt wird.

### AUCH WIR FLIEGEN MIT ZWEI FLÜGELN

Trotz alledem ist die Armee mehr als die Luftwaffe. Sie ist es nicht nur technisch-personell, sondern auch symbolisch. Etwa ein Drittel jener Hälfte, die gegen die Kampfjets gestimmt hat, ist – mindestens heute – nicht bereit, auf die Armee gänzlich zu verzichten. Das Hauptmotiv gründet nicht in rationalen Erwägungen, sondern in einem emotionalen Bedürfnis nach Sicherheit. Darauf zielen die zum Teil phantastischen Szenarien, wie sie in jüngster Zeit vor allem in der NZZ zu verfolgen sind. Allerdings haben sie der Luftwaffe nichts genützt, weil beispielsweise eine Verletzung des Luftraumes durch die Türkei zu konkret-grotesk ist, um glaubwürdig zu wirken.

Was bedeutet die beschriebene Ambivalenz für unser Engagement? Die Kampfjets sind und bleiben eine unserer Kern-Fragen. Und setzen wir unseren eigenen Flug Richtung Schweiz ohne Armee auf den beiden Flügeln, dem antimilitaristischen und dem pazifistischen, geduldig fort. Unter Ausnutzung des Rückenwindes, den wir – nicht zuletzt dank Klima- und Frauenbewegungen – haben.

## RISIKOANALYSE

## Wie bürgerliche Sicherheitspolitik unser Land gefährdet

**Welche Risiken gefährden die Schweiz? Mit dieser Frage beschäftigten sich im Auftrag des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz 298 Expertinnen und Experten aus den Bereichen Wissenschaft, Privatwirtschaft und Öffentliche Hand. Entstanden ist ein Bericht mit interessanten Erkenntnissen.** MARTIN PARPAN

Die «nationale Risikoanalyse 2020» listet 44 relevante Gefährdungen auf und unterteilt diese in die Kategorien Natur, Technik und Gesellschaft. Jede Gefährdung wird nach potenzieller Eintrittswahrscheinlichkeit und erwartbaren Schäden eingestuft. Als grösstes Risiko wird eine Strommangellage eingeschätzt. Bereits eine Strommangellage von wenigen Tagen hätte enorme wirtschaftliche Konsequenzen. Würde unser Land in Zeiten der Digitalisierung gar längere Zeit ohne Strom auskommen müssen, hätte dies fatale Folgen: Versorgungsketten würden zusammenbrechen, Spitäler würden nicht mehr funktionieren und Kommunikationsnetze wären gestört. Erdbeben, Hochwasser, Stürme, Hitzeperioden oder Influenza-Pandemien werden ebenfalls als grosse Risiken eingeschätzt. Im Weiteren stellt die Risikoanalyse dar, wie plausibel es ist, dass mutwillig verursachte Ereignisse eintreten. Als ziemlich oder teilweise plausibel erachtet das Expertengremium Anschläge mit Chemikalien oder auch Cyberangriffe. Beim Lesen fragt man sich irgendwann, wo den nun die Gefährdung «bewaffneter Konflikt» geblieben ist, gegen den uns die Armee mit ihren Waffenarsenalen schützen soll. Der Bericht kommt zum Schluss, dass bewaffnete Konflikte an der Peripherie

Europas zwar zunehmen, aber kaum davon auszugehen sei, dass die Schweiz in den nächsten Jahren selbst direkt Opfer eines bewaffneten Angriffs werden wird. Eine bemerkenswerte Erkenntnis, immerhin ist der Absender das Bundesamt für Bevölkerungsschutz. Zweifellos dürfte sie den Befürwortern der bewaffneten Landesverteidigung unangenehm sein. Was ist zu

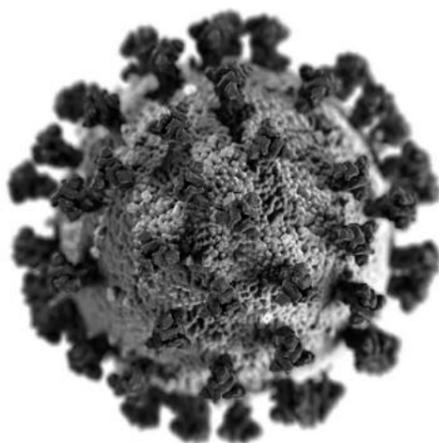
erwarten? Es ist davon auszugehen, dass sie diese auf ihr Standardargument zurückziehen: «Keiner kann die Zukunft voraussagen, also ist es besser, sich abzusichern, als nichts zu tun».

### GEFÄHRLICHE IGNORANZ

Die Logik «Absichern ist immer gut» ist aus sicherheitspolitischen Überlegungen allerdings falsch. Dieses «Absichern» ist verbunden mit Investitionen. Sicherheitspolitik ist somit immer auch Investitionspolitik. Und wer investiert, muss Prioritäten setzen. Falsche Prioritäten gefährden uns, weil Geld für die effektiv vorhandenen

Risiken fehlt. Jeder Franken, der in militärische Landesverteidigung fliesst, fehlt andernorts. Sicherheitspolitik, die diesen Namen verdient, investiert in die Energiewende statt in Kampfjets, investiert in Beatmungsgeräte statt in Handgranaten, investiert in Pflegepersonal statt in Soldaten und will Integration statt Stacheldraht. Lieber mehr Hochwasserschutz als Grenzschutz und lieber mehr Lawinenverbauungen als Militärkasernen. Militärische Landesverteidigung hat in dieser Logik schlicht keinen Platz. Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, was es heissen kann, wenn wir reale Gefahren zu wenig beachten. Es fehlte an Vorräten für Schutzmaterial und Kapazitäten, solches herzustellen. Reserveplätze auf Intensivstationen waren kaum vorhanden. Dies, obwohl die Pandemie in der Risikoanalyse 2015 bereits als sehr relevant eingestuft wurde. Nun wäre es zu einfach zu sagen, dass sich diese Pandemie klar angekündigt hat. Unakzeptabel ist aber, dass zwischen 2015 und dem Pandemieausbruch die Militärausgaben rund 20 Milliarden betragen, während Risiken wie Pandemien keine Beachtung fanden.

Fazit: Es wird Zeit, dass sich nicht mehr jene rechtfertigen müssen, welche Politik gegen militärische Landesverteidigung machen, sondern jene, die dafür einstehen. Die Stahlhelmfraktion und die Rüstungslobby sind mitverantwortlich, dass unsere Sicherheitspolitik so wenig mit der realen Welt zu tun hat. Und dies könnte noch weitreichende Folgen haben.



Das Coronavirus: Dagegen ist jedes Waffensystem machtlos.

Foto: CDC auf Pexels.

## DIE LETZTE

SEKI

## Auf Wiedersehen Aline und Laura und vielen Dank für alles!

**Anfang dieses Jahres verlassen mit Aline Bressoud und Laura Riget zwei unserer politischen Sekretärinnen das Seki-Team, um sich neuen Aufgaben zu widmen. Beide haben sehr intensiv für die GSoA engagiert und wir wünschen ihnen alles Gute für ihre zukünftigen Projekte!** THOMAS BRUCHEZ

Während zwei Jahren hat Aline Bressoud im Sekretariat in Genf gearbeitet. Seit Beginn ihrer Tätigkeit hat sie dazu beigetragen, dass die Regionalgruppe Waadt neuen Schwung bekommt. Unter anderem dank ihr war bei der Abstimmung über den Kauf neuer Kampfjets die der NEIN-Anteil aus der Romandie beachtlich hoch, hat sie doch eine bemerkenswerte Kampagne

in den Kantonen Neuenburg und Waadt organisiert. Dasselbe geschah zwei Monate später, als es um die Kriegsgeschäfte-Initiative ging.

Während zwei Jahren hat Aline wirklich überall Hand angelegt, und dies mit Erfolg: Vom Versand von Artikeln aus dem GSoA-Shop, zur Organisation von Aktionen (in letzter Minute), über lange und wertvolle Recher-

chearbeit. So ist es auch ihr zu verdanken, dass die GSoA heute in der Romandie wieder präsenter ist.

Laura Riget hat etwas mehr als ein Jahr im Seki in Zürich gearbeitet. Doch was für ein Jahr! 2020 war sicherlich eines der intensivsten in der Geschichte der GSoA. Und dass wir uns dabei über Wasser halten konnten, ist auch auf Laura zurückzuführen. Mit ihrem aussergewöhnlichen Organisationstalent hat sie unglaublich viel zur Kampagne gegen die Kampfjets beigetragen. Zudem hat sie das sicherheitspolitische Geschehen im Parlament verfolgt, hat

viele unentbehrliche administrative Aufgaben im Sekretariat übernommen und hat den neuen Sekretär\*innen viele wertvolle Tipps gegeben. Neben all dem hat Laura in den zwei vergangenen Abstimmungskampagnen unermüdet die Stimme der GSoA im Tessin vertreten.

Wir würden lügen, wenn wir sagen würden, dass wir nicht traurig sind, dass uns Aline und Laura verlassen. Doch so ist es nun mal, alle guten Dinge haben ein Ende. In diesem Sinne nochmals vielen Dank für alles, Aline und Laura, und macht's gut!

## GREGOR, das glückliche Gewehr



Verfolge die Abenteuer von Gregor, dem glücklichen Gewehr, auch auf youtube: [www.youtube.com/user/GregorsGunTV](https://www.youtube.com/user/GregorsGunTV)

## Bestelltalon GSoA-Material



Anzahl	Bezeichnung	Frau / Mann	Grösse	Einzelpreis	Total
	Peace-Button			Fr. 1.-	
	T-Shirt Waffenvernichtungsmasse	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Pullover «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 35.-	
	T-Shirt «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «Stopp Kampfjets!»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «Gregor»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	«Gregor»-Feuerzeug			Fr. 2.-	
	GSoA-Sackmesser			Fr. 25.-	
	Friedensfahne		<input type="checkbox"/> PACE <input type="checkbox"/> PEACE	Fr. 12.-	
	Kleber			kostenlos	
	Jasskarten		<input type="checkbox"/> de Set <input type="checkbox"/> fr Set	Fr. 5.-	
	Feldpost-Päckli			Fr. 60.-	
	<b>Material zur AUSGESCHOSSEN!-Kampagne:</b>				
	Feuerzeug AUSGESCHOSSEN!			Fr. 2.-	
	Stofftasche AUSGESCHOSSEN!			Fr. 15.-	
	Turnbeutel AUSGESCHOSSEN!			Fr. 15.-	
	<b>Versandkostenanteil</b>				<b>Fr. 4.80</b>
	Ich werde GSoA-Mitglied	<input type="checkbox"/> Verdienende Fr. 100.-	<input type="checkbox"/> Nichtverdienende Fr. 50.-		
	Spende	<input type="checkbox"/> Fr. _____	<input type="checkbox"/> Fr. 50.- <input type="checkbox"/> Fr. 20.- <input type="checkbox"/> Fr. 10.-		
	Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich	<input type="checkbox"/>			
	<b>Rechnungsbetrag</b>				

Name

Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel.

E-mail

Bestellung: GSSA, CP 151, 1211 Genève 8, [www.gsoa.ch/shop](http://www.gsoa.ch/shop)